

Erneuter Anlauf für ein Weiterbildungsgesetz

Parlamentarische Initiative soll Druck auf den Bundesrat erhöhen

Nachdem der Bundesrat überraschend den Weiterbildungsbericht und damit die Arbeit am Rahmengesetz blockiert hat, wollen die Akteure über eine parlamentarische Initiative neuen Druck zur Erfüllung des Verfassungsauftrags aufsetzen. Doch es gibt auch kritische Stimmen.

hag. Bern, 28. April

Eigentlich war die Dramaturgie ganz anders geplant. Die nationale Weiterbildungstagung in Bern vom Dienstag hätte die Akteure dieses Bildungsbereichs aus Politik und Wirtschaft sowie die Kursveranstalter zusammenführen sollen, um unter Anleitung von Bundesrätin Doris Leuthard oder BBT-Chefin Ursula Renold Massnahmen und Strategien aus dem vom Parlament angeforderten Weiterbildungsbericht zu diskutieren, der erfolgreich die Ämterkonsultation durchlaufen hatte. Der Auftritt beider Frauen wurde jedoch obsolet, nachdem der Bundesrat ohne Angabe von Gründen und auf Initiative von Innenminister Pascal Couchepin den Bericht zwar zur Kenntnis genommen, aber nicht zur Veröffentlichung freigegeben hatte (NZZ vom 26. 3. 09). Somit mutierte der Anlass zum Treffen sichtlich Betroffener, die unter Leitung von Rudolf Strahm, Präsident des Schweizerischen Verbands für Weiterbildung (SVEB), nach Auswegen aus der bundesrätlichen Blockade suchten.

Einigkeit in den Kommissionen

Und die gibt es bereits, wie die Präsidentin der nationalrätlichen Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK), die Waadtländer SP-Nationalrätin Josiane Aubert, ankündigte. Zum einen wird den Bundesrat demnächst ein Brief erreichen, in dem er nach den Gründen für die Blockade befragt und zum Vorwärtsmachen aufgefordert wird. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, hat die Kommission – zum wiederholten Mal – eine parlamentarische Initiative ausgearbeitet, welche die Regierung zur Eile bei der Ausarbeitung des Rahmengesetzes auffordert. Bereits Mitte Mai wird auch die WBK der kleinen Kammer tagen und dann – so hörte es der Saal von deren Präsidenten, dem Thurgauer SVP-Ständerat Hermann Bürgi – diese Initiative «mit grosser Wahrscheinlichkeit» auch unterstützen und damit ihren Weg ins Parlament freimachen. Bürgi liess keinen Zweifel daran, dass der Bundesrat bei der verfassungsmässig geforderten Gesetzesarbeit in der Pflicht stehe. Er erinnerte aber auch daran, dass mit der Regulierungspflicht des Bundes das Engagement der Kantone für die Weiterbildung nicht wegfallen dürfe.

Als deren Vertreter betonte Robert Galliker, Leiter des Bereichs Berufsbildung bei der EDK, dass subsidiäre Empfehlungen etwa im Bereich der Qualitätssicherung bereits in vielen Kantonen umgesetzt worden seien. Christine Davatz hingegen, die Vizedirektorin des Schweizerischen Gewerbeverbandes, ortet genau hier noch grösste Probleme: Bevor überhaupt ein Rahmengesetz postuliert werden könne, sei dringlich eine Bereinigung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Kantonen im Bereich der Weiterbildung vorzunehmen, forderte die erfahrene Bildungsfrau. Differenziert fielen auch die Positionsbezüge der Vertreter der vier Bundesratsparteien aus. Während CVP-Nationalrätin Brigitte Häberli-Koller und

SP-Nationalrat Roger Nordmann den Druck auf den Bundesrat in Sachen Weiterbildungsgesetz hoch halten wollen, warnte FDP-Nationalrat Ruedi Noser vor Illusionen. Dass der Bundesrat diesen Bericht zurückhalte, sei äusserst unüblich und deute auf grundsätzliche Differenzen vorab im Finanzierungsbereich hin. Tatsächlich, so Noser, sei die Weiterbildung vom Bund schon durch die rund 600 Millionen Franken an die Arbeitslosenkasse finanziert. Dies sah auch SVP-Nationalrat Theophil Pfister so. Er plädierte deshalb dafür, vorerst nur die Organisation der Weiterbildung gesetzlich zu regeln, etwa über Leistungsaufträge mit Qualitätskontrollen des Bundes.

Mehr Transparenz im Kurs-Dschungel

Tatsächlich könnte hier die richtige Stossrichtung für ein Rahmengesetz liegen. Bestritten wird nämlich der Weiterbildungsmarkt zu über 80 Prozent von privaten Anbietern, die damit einen Jahresumsatz von rund 5 Milliarden Franken generieren. Selbst SVEB-Präsident Strahm macht indes kein Hehl daraus, dass in diesem Markt ein Dickicht mit wenig Transparenz für den Kunden herrscht. Gerade mit Blick auf die als Folge der Krise ansteigende Arbeitslosenzahl und die damit erfahrungsgemäss steigende Nachfrage nach Weiterbildung muss daher Vorsicht geboten sein bezüglich der Qualität der Angebote. Die offizielle Zertifizierung der Veranstalter leistet bis heute die Stelle «eduQua», die über 912 Zertifikate als Gütesiegel erteilt hat. Ziel eines neuen Rahmengesetzes muss deshalb sein, just diese Qualitätskontrollen zu intensivieren. Und in der Tat arbeiten Seco und SVEB bereits an einem Ausbau der Zertifizierungsstelle, wie zu vernehmen war.